



PRESSEDIENST

VERBAND BILDUNG UND ERZIEHUNG – LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

Lehrergewerkschaft im »NBB – Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion«

Hannover, den 20.02.2013 – 01

VBE zum Regierungsantritt:

HOFFNUNGSSCHIMMER – VORRANG FÜR BILDUNG

- Mehr Bildungsgerechtigkeit hat ihren Preis –

„Erst wenn die neugewählte Landesregierung Rot-Grün erklärt, dass sie alle Lehrerstellen und Ressourcen angesichts der demografischen Herausforderungen mittelfristig im Kultusressort belässt, wird die ambitionierte Koalitionsvereinbarung von SPD/DIE GRÜNEN in ihrem Kernbereich (Min. Präs. Stefan Weil) nach Auffassung des VBE glaubwürdig. Diese Garantie vermissen wir leider bei der Regierungsübernahme,“ so die Landesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) Gitta Franke-Zöllmer am heutigen Tage auf Presseanfragen.

Dem Ansatz, Bildungsanstrengungen und Familienförderung durch Garantie von Betreuungsplätzen (Krippe), durch Qualifizierungsmaßnahmen in den Kita-Angeboten und durch eine flächendeckende Verbindung mit der Eingangsstufe der Grundschule zu steigern, wird zugestimmt. Bildungsinvestitionen, die etwas gesellschaftlich bewirken sollen, gehören nach fundierten Erkenntnissen (OECD, UNESCO, WZB, DJI u.a.m.) vom Kopf auf die Füße gestellt.

Dazu gehört nach Auffassung des VBE – mit Blick auf die Haushaltslage - vorrangig der schrittweise Ausbau der Grundschule zu einer gebundenen Ganztagschule vor allen Maßnahmen im Sekundarbereich. Landesvorsitzende Gitta Franke-Zöllmer verwies auf das von ihrem Verband, der GEW und dem Grundschulverband gemeinsam verfasste Memorandum »Inklusive Ganztagsgrundschule« (2011/12), das von der SPD unterstützt wurde.

Das Bekenntnis zu einem regional angemessenen Bildungsangebot – wie seit langem vom VBE gefordert – ermöglicht in der Zusammenarbeit aller beteiligten Institutionen die Verzahnung der Schulformen in der Sekundarstufe I und II. Dabei müssen u.a. die Hemmnisse für das gymnasiale Angebot an Oberschulen abgebaut und ihre integrierende Aufgabe gestärkt werden.

Der VBE begrüßt ausdrücklich die Ankündigung eines Lehrerbildungsgesetzes, das die Verbindung der drei Ausbildungsphasen (Studium, Vorbereitungsdienst, Fortbildung) qualitativ bestimmen muss. Dieses kann so die Attraktivität des Lehrerberufs im Wettbewerb um den besten Nachwuchs erhöhen.

Neben der angekündigten Stärkung der Bildungsgerechtigkeit für Schülerinnen und Schüler fordert der VBE eine gleiche Gerechtigkeit für Lehrerinnen und Lehrer in Ausbildung, am Arbeitsplatz und bei den Karrieremöglichkeiten.

VBE-Landesvorsitzende Gitta Franke-Zöllmer abschließend: „ Der erste Prüfstein wird die Umsetzung der »Inklusiven Schule« sein. Damit diese nicht einseitig zu Lasten der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrerinnen und Lehrer erfolgt, sind die erkannten Gelingensbedingungen hausaltsmäßig abzusichern.“

Hinweis für die Redaktionen:

Entschließungen der VBE-Landesvertreterversammlung 2012 unter www.vbe-nds.de/Berufspolitik